_

1

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland	
Land Sozialgericht Sachgebiet Abteilung Kategorie Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette	Bundesrepublik Deutschland Bundessozialgericht Pflegeversicherung - Urteil
1. Instanz	
Aktenzeichen Datum	-
2. Instanz	
Aktenzeichen Datum	L 15 P 41/15 KL 16.08.2018
3. Instanz	
Datum	15.12.2021
Â	
1. Die Revisionen der Beigeladenen zu 3. bis 17. werden zurückgewiesen.	
2. Die Beigeladenen zu 3. bis 17. tragen jeweils 1/15 der Kosten des Verfahrens. AuÃ∏ergerichtliche Kosten der Beigeladenen zu 1., 2., 18., 19. und 20. sind nicht zu erstatten.	
$3.\hat{A}$ Der Streitwert f $\tilde{A}^{1}\!\!/_{\!\!4}$ r das Revisionsverfahren wird auf 5000 Euro festgesetzt.	
Â	
Grü nde:	
1	
Â	

Die Beteiligten streiten $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Rechtm $\tilde{A}^{m}\tilde{A}_{0}^{m}$ igkeit des durch Schiedsspruch eingef $\tilde{A}^{1/4}$ gten \hat{a}_{0}^{m} Leistungskomplexkatalogs \hat{a}_{0}^{m} als Anlagen \hat{A} 3, \hat{A} 3a und \hat{A} 3b in den Rahmenvertrag f $\tilde{A}^{1/4}$ r das Land \hat{A} N $\tilde{A}^{1/4}$ ber die ambulante pflegerische Versorgung.

Â

2

Der Klå¤ger zuå 1. nimmt als gemeinsamer Bevollmå¤chtigter mit Abschlussbefugnis Aufgaben der Landesverbå¤nde der Pflegekassen (der Ersatzkassen) wahr. Die Klå¤ger zuå 2. biså 4. nehmen die Aufgaben der Landesverbå¤nde der gesetzlichen Pflegekassen inå N selbst wahr, ebenso die Beigeladenen zuå 1. undå 2. Beklagte ist die Schiedsstelle få¼r die Pflegeversicherung. Die Beigeladenen zuå 3. biså 17. sind Vereinigungen der ambulanten Pflegeeinrichtungen sowohl in freigemeinnå¼tziger als auch in privater Trå¤gerschaft. Die Beigeladenen zuå 18. biså 20. nehmen Aufgaben der å¶rtlichen Trå¤ger der Sozialhilfe wahr.

Â

3

Im April 2013 wurden die Kläger von den Beigeladenen zu 3. bis 17. zu Verhandlungen des Rahmenvertrags für das Land N über die ambulante pflegerische Versorgung nach <u>§Â 75 SGB XI</u> idF vom 1.1.2011 (im Folgenden: RV, hier aF) aufgefordert. Bis Mitte Mai 2014 wurden Ã∏nderungen des RV teilweise einvernehmlich beschlossen und für offengebliebene Punkte wurde das Scheitern der Verhandlungen erklärt. Nach Abschluss eines Schiedsverfahrens sollten die durch Schiedsspruch festgesetzten Ã∏nderungen den RV ergänzen.

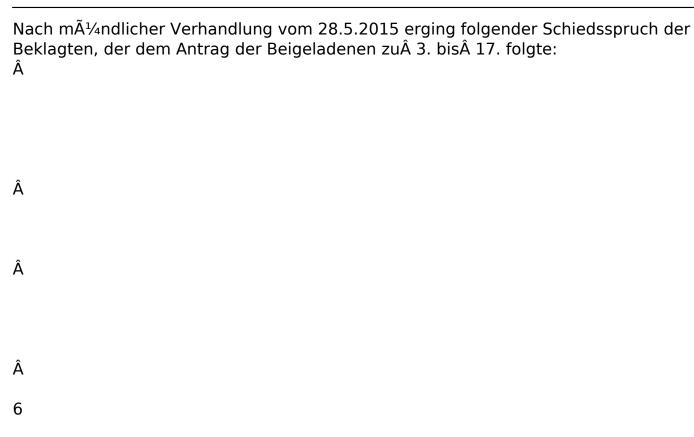
Â

4

Im Juni und Juli 2014 ersuchten die Beigeladenen zu 3. bis 17. die beklagte Schiedsstelle um Entscheidung über die streitig gebliebenen Punkte des RV. Nach weiteren Verhandlungen blieb am Ende ua die Einbeziehung des â∏Leistungskomplexsystemsâ∏ in den RV offen. Während die Beigeladenen zu 3. bis 17. eine Einbeziehung in den RV befürworteten, waren die Kläger und die Beigeladenen zu 1. und 2. der Ansicht, dass es sich dabei um ein einheitliches und unteilbares Vergütungssystem bestehend aus Leistungsbeschreibung, Punktzahlen und Punktwerten handele, das nicht im RV, sondern in einrichtungsindividuellen Vergütungsvereinbarungen festzulegen sei.

Â

5



Die Beklagte stýtzte ihre Entscheidung auf das Urteil des BSG vom 29.1.2009 (B 3 P 8/07 R â∏ SozR 4â∏3300 §Â 89 Nr 1), dem sie eine Verpflichtung entnommen habe, ein Vergütungsmodell im RV nach §Â 75 SGB XI zu bestimmen. Dadurch sei ein einheitliches, effektives Vergütungsmodell für alle ambulanten Leistungserbringer im Land etabliert worden. Zwar sei es zutreffend, dass die Weiterentwicklung des Leistungskomplexsystems an sich der Pflegevergütungskommission obliege. Allerdings würden Entscheidungen dort blockiert werden. Die vorrangige Verantwortlichkeit der Pflegevergütungskommission für Vergütungsfragen sei im Schiedsspruch berücksichtigt worden, weil jederzeit abweichende Regelungen vom RV möglich seien. Die konkrete Vergütung werde weiterhin allein durch den Punktwert bestimmt, der auch weiterhin einrichtungsindividuell verhandelt werde (schriftliche Fassung Schiedsspruch vom 25.7.2015). Darüber hinaus durch den Schiedsspruch getroffene Regelungen wurden von den Beteiligten nicht gerichtlich angefochten.

Â

7

Die Kläger haben gegen die Ziffern zu 1. und 2. des Schiedsspruchs im September 2015 Klagen erhoben. Nach Beiladung weiterer Beteiligter hat das LSG die Ziffern zu 1. und 2. des Schiedsspruchs â∏ dem Antrag der Kläger entsprechend â∏ mit folgender Begrþndung aufgehoben: Die auf die Aufhebung vorgenannter Ziffern gerichtete reine Anfechtungsklage sei zulässig (§Â 54 Abs 1 SGG). Der Schiedsspruch sei gesetzeswidrig, weil die Beklagte im Schiedsverfahren nach §Â 75 Abs 4, §Â 76 SGBÂ XI keine Kompetenz zur

Bestimmung eines landesweiten Vergýtungsmodells zur ambulanten pflegerischen Versorgung habe, worum es sich mit der Einfļgung von Leistungskomplexen, Leistungsbeschreibungen und Punktzahlen hier aber handele (Hinweis auf BSG vom 17.12.2009 â∏∏ BÂ 3Â P 3/08Â RÂ â∏∏ BSGE 105, 126 = SozR 4â∏3300 §Â 89 Nr 2 und vom 29.1.2009 â∏ <mark>BÂ 3Â P 8/07Â R</mark>Â â∏∏ SozR 4â∏3300 §Â 89 Nr 1). Die Befugnisse seien auf den in <u>§Â 75 Abs 1</u> Satz 1 Halbsatz 2 SGBÂ XI genannten Zweck der Sicherstellung einer wirksamen und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgung der Versicherten begrenzt bzw auf die in §Â 75 Abs 2 und 3 SGB XI genannten einzelnen Vertragsgegenstände. Davon sei aber die Festlegung von Kriterien für die Vergütung bzw Abrechnung ambulanter Pflegeleistungen nicht erfasst. Vergļtungsvereinbarungen seien als Individualvereinbarungen mit den Pflegediensten abzuschlieÃ⊓en (Hinweis auf BSG aaO). Bei Nichteinigung im Rahmen von Verhandlungen der Pflegevergýtungskommission könne die Schiedsstelle nach <u>§Â 89 Abs 3</u> SGB XI iVm §Â 86 Abs 1 Satz 2 und §Â 85 Abs 5 SGBÂ XI angerufen werden. Auch gesetzessystematisch sei die Ausgestaltung der Leistungserbringung nach §Â 75 SGB XI von den nach §Â 89 SGBÂ XI zu treffenden Vergýtungsvereinbarungen zu trennen (Urteil vom 16.8.2018).

Â

8

Mit ihren Revisionen rÃ⅓qen die Beigeladenen zu 3. bis 17. die Verletzung von §Â 75 SGB XI. Die beklagte Schiedsstelle sei nach §Â 75 Abs 2 Satz 1 Nr 1 SGB XI bzw dem nicht abschlieÃ□enden Katalog von §Â 75 Abs 2 SGB XI berechtigt, Leistungskomplexe mit Leistungsbeschreibungen und Bewertungsrelationen in Gestalt von Punktzahlvolumina im RV festzulegen. Der Vereinbarungszweck, eine wirksame und wirtschaftliche pflegerische Versorgung der Versicherten nach §Â 75 Abs 1 Satz 1 Halbsatz 2 SGB XI sicherzustellen, sei weit zu verstehen und lasse ohne Weiteres auch die Festlegung von Leistungskomplexen mit Punktzahlvolumina zu. Der Schiedsspruch enthalte zudem eine Ã□ffnungsklausel dergestalt, dass abweichende Regelungen zwischen den Vertragspartnern im Einzelfall nach §Â 89 SGB XI möglich seien unter Einbeziehung der Pflegevergütungskommission nach §Â 86 SGBÂ XI.

Â

9

Die Beigeladenen zu 3. bis 17. beantragen sinngemäÃ□ schriftsätzlich, das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 16. August 2018 aufzuheben und die Klagen abzuweisen.

Â

10

Die Beklagte beantragt sinngemäÃ□ schriftsätzlich, das Urteil des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 16. August 2018 aufzuheben und die Klagen abzuweisen.
Â
11
Sie schlieÃ∏t sich den Ausführungen der Beigeladenen zu 3. bis 17. an.
Â
12
Die Kläger beantragen schriftsätzlich, die Revisionen zurückzuweisen.
Â
13
Ihrer Ansicht nach gehe die Festlegung von Leistungskomplexen $\tilde{A}^{1/4}$ ber den Regelungsgehalt von \hat{A} § \hat{A} 75 SGB \hat{A} XI hinaus.
Â
14
Der Beigeladene zu 1. schlieà t sich den Ausfà ¼hrungen des Klà ¤gers zu 1. an und stellt keinen Antrag. Die Beigeladene zu 2. hat von einer Stellungnahme abgesehen und stellt keinen Antrag.
Â
15
Die Beigeladenen zu 18., 19. und 20. haben sich nicht zum Verfahren geäuÃ∏ert.
Â
II
Â
16
Der Senat konnte im Einverständnis der Beteiligten ohne mündliche

Verhandlung durch Urteil gem $\tilde{A} = \tilde{A} =$

Â

17

A. Die Revisionen der Beigeladenen zu 3. bis 17. sind zulässig. Sie sind alleinige Revisionsführer und zur Einlegung der Revision rechtsmittelbefugt. Für die Rechtsmittelbefugnis der Beigeladenen bedarf es auch im Revisionsverfahren (vgl §Â 165 iVm §Â§Â 143 ff SGG) stets einer materiellen Beschwer durch das angegriffene Urteil im Sinne einer möglichen Verletzung in eigenen subjektiven Rechten (vgl zuletzt BSG vom 28.3.2019 â∏ B 3 KR 2/18 R â∏ BSGE 127. 288 = SozR 4â∏2500 §Â 130b Nr 3, RdNr 20). Diese ergibt sich hier bereits daraus, dass die Beigeladenen zu 3. bis 17. Verhandlungspartner des streitigen RV sind und das LSG ihnen das Recht zur Ergänzung des RV um ein landesweites Vergütungsmodell versagt hat. Die formelle Beschwer ergibt sich aus der Erfolglosigkeit ihres Klageabweisungsantrags vor dem LSG.

Â

18

B. Die Revisionen der Beigeladenen zu 3. bis 17. sind aber unbegründet und waren daher zurückzuweisen (§Â 170 Abs 1 Satz 1 SGG). Das LSG hat den Anfechtungsklagen (dazu unter 1.) im Ergebnis zu Recht stattgegeben und auf Antrag der Kläger die Festsetzungen des Schiedsspruchs zu den Ziffern 1. und 2. aufgehoben. Deren Rechtswidrigkeit ergibt sich indes bereits aus der Verletzung von allgemeinen Verfahrensvorschriften, die zur Unwirksamkeit der angegriffenen Regelungen des Schiedsspruchs führen (dazu unter 2.). Auf die Erwägungen des LSG zum materiellen Recht der sozialen Pflegeversicherung (§Â§Â 75, 85, 86, 89 SGB XI) kommt es daher nicht an, wenngleich es sich um Fragen von grundsätzlicher Bedeutung handelt und der Senat deshalb die Revisionen zugelassen hatte.

Â

19

1. Die auch im Revisionsverfahren von Amts wegen zu berücksichtigenden Sachurteilsvoraussetzungen der Klagen sind erfüllt.

Â

20

a) Die Klagen gegen den Schiedsspruch der Beklagten vom 25.7.2015 sind als reine Anfechtungsklagen iS des <u>§Â 54 Abs 1 SGG</u> statthaft und zulässig. Die erstinstanzliche Zuständigkeit des LSG folgt aus <u>§Â 29 Abs 2 Nr 1 SGG</u>. Der

Schiedsspruch ýber die streitig gebliebenen Punkte im RV stellt einen Verwaltungsakt dar; richtiger Klagegegner ist deshalb die beklagte Schiedsstelle (stRspr; vgl nur BSG vom 25.1.2017 â∏ B 3 P 3/15 R â∏ BSGE 122, 248 = SozR 4â∏3300 §Â 76 Nr 1, RdNr 16 mwN), die beteiligtenfähig ist (§Â 70 Nr 4 SGG). Einer weitergehenden Verpflichtungsklage bedarf es nicht. Mit der Anfechtungsklage ist als eigenständiger und abtrennbarer Teil die Ergänzung des RV um den Leistungskomplexkatalog angefochten. Nach Aufhebung der im Streit stehenden Regelungen können der Schiedsspruch und der RV mit ihren nicht angefochtenen Teilen selbstständig fortbestehen.

Â

21

b) Eines Vorverfahrens bedurfte es nicht, weil es sich bei den Klägern um Versicherungsträger bzw deren Verbände handelt (§Â 78 Abs 1 Satz 2 Nr 3 SGG). Im Ã \Box brigen ist trotz Fehlens einer ausdrÃ \checkmark cklichen Regelung im SGBÂ XI kein Vorverfahren fÃ \checkmark r eine Klage gegen den Schiedsspruch Ã \checkmark ber einen RV nach §Â 75 Abs 4 SGBÂ XI erforderlich (vgl bereits BSG vom 25.1.2017 â \Box DÂ BÂ 3Â P 3/15Â RÂ â \Box D BSGE 122, 248 =Â SozR 4â \Box D3300 §Â 76 Nr 1, RdNr 17 mwN).

Â

22

c) Die Kläger nehmen die Aufgaben der Landesverbände der gesetzlichen Pflegekassen wahr (§Â 52 Abs 1 SGB XI) und sind als (Mitâ∏)Adressaten des Schiedsspruchs und als Vertragspartner des Rahmenvertrags von §Â 75 SGB XI klagebefugt. Der Kläger zu 1. ist als gemeinsamer Bevollmächtigter der Ersatzkassen nach §Â 52 Abs 1 Satz 2 SGB XI iVm §Â 212 Abs 5 Satz Â 4 ff SGB V zudem ermächtigt, fÃ⅓r diese als Prozessstandschafter in diesem Rechtsstreit aufzutreten.

Â

23

2. Die mit den Klagen angegriffene Entscheidung der Schiedsstelle verstöÃ $_{\Box}$ t bereits in Bezug auf das Sozialverwaltungsverfahrensrecht (§Â§Â 31, 33, 37, 39 SGB X) gegen Bundesrecht nach §Â 162 SGG (vgl allgemein zum revisionsrechtlichen PrýfungsmaÃ $_{\Box}$ stab BSG vom 25.1.2017 â $_{\Box}$ $_{\Box}$ BÂ 3Â P 3/15Â R Â â $_{\Box}$ $_{\Box}$ BSGE 122, 248 =Â SozR 4â $_{\Box}$ 3300 §Â 76 Nr 1, RdNr 18Â ff).

Â

24

a) Die RechtmäÃ∏igkeit der hier allein streitigen Ergänzungen des RV um die

in den Ziffern 1. und 2. des Schiedsspruchs genannten â∏Anlagen 3, 3a + 3b als weitere Bestandteile des RVâ∏ scheitert bereits daran, dass diese Anlagen den Beteiligten nicht bekannt gegeben worden sind. Diese Unterlagen sind weder zusammen mit dem Schiedsspruch noch zu einem anderen Zeitpunkt den Beteiligten Ã⅓bersandt worden (auf Hinweis des Senats im Revisionsverfahren: so die Mitteilung des Vorsitzenden der Schiedsstelle vom 23.9.2021, deren Inhalt von den Klägern und den Beigeladenen zu 3. bis 17. bestätigt worden ist). Ob dieser Umstand auf einem Redaktionsversehen oder auf einer zwischen den Beteiligten geÃ⅓bten Praxis beruht, mag dahinstehen.

Â

25

Bei dem Schiedsspruch der Schiedsstelle nach dem SGB XI handelt es sich um einen Verwaltungsakt gemÃ×Ã \square §Â 31 SGBÂ X mit vertragsgestaltender Wirkung (stRspr; vgl nur BSG vom 14.12.2000 â \square BÂ 3Â P 19/00Â RÂ â \square D BSGEÂ 87, 199, 201Â ff =Â SozR 3â \square 3300 §Â 85 Nr 1 SÂ 3Â f; BSG vom 17.12.2009 â \square BÂ 3Â P 3/08Â RÂ â \square D BSGEÂ 105, 126 =Â SozR 4â \square 3300 §Â 89 Nr 2, RdNr 20; fÃ 1 4r das SGBÂ XII vgl nur BSG vom 23.7.2014 â \square A BÂ 8Â SO 2/13Â R Â â \square D BSGEÂ 116, 227 =Â SozR 4â \square 3500 §Â 77 Nr 1; zuvor schon BVerwG vom 1.12.1998 â \square A 5Â C 17.97Â â \square D BVerwGE 108, 47, 49; BVerwG vom 28.2.2002 â \square A 5Â C 25.01Â â \square D BVerwGE 116, 78, 81).

Â

26

Die beabsichtigte Wirkung der vertraglichen Ergänzung des RV um einen landesweiten â∏Leistungskomplexkatalogâ∏ durch die Anlagen 3, 3a und 3b konnte wegen der unterbliebenen Bekanntgabe der neu aufzunehmenden Regelungen aber nicht eintreten. Die Anlagen 3, 3a und 3b haben keine rechtliche Existenz erlangt und mithin keine Rechtswirksamkeit iS von §Â 37 Abs 1 Satz 2, §Â 39 Abs 1 Satz 1 und 2 SGB X (vgl allgemein Engelmann in Schütze, 9. Aufl 2020, SGB X, §Â 37 RdNr 57; Roos/Blüggel aaO §Â 39 RdNr 8Â f mwN).

Â

27

Entgegen der Ansicht der Beigeladenen zu 3. bis 17. können die Anlagen 3, 3a und 3b auch nicht durch die â∏Anlage 1, 1a, 1bâ∏ des RV mit Stand 1.9.2015 ersetzt oder in diese umgedeutet werden. Wenn dazu ausgeführt wird, dass die Beteiligten sich darauf geeinigt haben, im Anschluss an die Schiedsverhandlung in einer Redaktionskonferenz die Anlagen zum Schiedsspruch zu bearbeiten und diese dann als â∏Anlage 1, 1a, 1bâ∏ in den RV mit Stand 1.9.2015 aufzunehmen, sind diese â∏redaktionellenâ∏

 \tilde{A} nderungen jedenfalls weder Gegenstand des Schiedsspruchs noch des LSG-Urteils gewesen und k \tilde{A} nnen daher auch nicht im Revisionsverfahren \tilde{A} berpr \tilde{A} werden.

Â

28

Die mangelnde rechtliche Existenz der allein im Streit stehenden Anlagen 3, 3a und 3b schlieÃ[]t eine weitere revisionsrechtliche Ã[]berprÃ[]4fung aus. Der Schiedsspruch enthÃ[]xlt keine darÃ[]4ber hinaus angefochtenen Regelungen, sondern lediglich BegrÃ[]4ndungselemente iS von []8Â[]8 35 SGBÂ[]8. Damit ist die Entscheidung des LSG, das die Ziffern 1. und 2. antragsgemÃ[]8 aufgehoben hat, im Ergebnis zu bestÃ[]8tigen. Die Revisionen waren schon deshalb zurÃ[]4ckzuweisen.

Â

29

Die von den Klägern aus Grþnden der materiellen Rechtswidrigkeit des Schiedsspruchs (ua §Â§Â 75, 89 SGB XI) erhobenen Anfechtungsklagen sind zulässig geblieben. Den Klägern drohen zwar aus einer nicht wirksam gewordenen Vertragsregelung keine Rechtsnachteile; sie können sich aber aus Grþnden des effektiven Rechtsschutzes mit der Anfechtungsklage dagegen wehren (vgl BSG vom 26.10.1989 â∏R 4Â RA 90/88R â∏R月 glA glA

Â

30

b) Neben der fehlenden Bekanntgabe der Anlagen 3, 3a und 3b des Schiedsspruchs, die allein schon zur Aufhebung der Ziffern zu 1. und 2. des Schiedsspruchs fýhren musste, ist der Schiedsspruch insoweit auch materiell rechtswidrig. Er ist entgegen §Â 33 Abs 1 SGB X inhaltlich nicht hinreichend bestimmt. Die Unbestimmtheit des Regelungsgehalts der Ziffern zu 1. und 2. des Schiedsspruchs führt zu seiner anfechtbaren Rechtswidrigkeit. Der Mangel des Schiedsspruchs ist nicht derart offensichtlich iS von §Â 40 Abs 1 SGB X, dass er von vornherein die Nichtigkeit zur Folge hatte (vgl allgemein Engelmann in Schütze, 9. Aufl 2020, SGB X, §Â 33 RdNr 18; Mutschler in Kasseler Komm, Stand Mai 2021, §Â 33 SGB X RdNr 16 mwN).

Â

31

Allgemein gilt, dass ausgehend vom objektiven EmpfĤngerhorizont der Regelungsgehalt des Verwaltungsakts klar und unmissverstĤndlich sein muss (vgl BSG vom 15.5.2002 â \square Â BÂ 6Â KA 25/01Â RÂ â \square SozR 3â \square 2500 §Â 85 Nr 46 S 384 mwN). Unbestimmt iS von §Â 33 SGBÂ X ist ein Verwaltungsakt hingegen dann, wenn sein VerfÃ 1 4gungssatz nach seinem Regelungsgehalt in sich nicht widerspruchsfrei ist und davon Betroffene bei Zugrundelegung der Erkenntnismöglichkeiten eines verstÃ 2 ndigen EmpfÃ 2 ngers nicht in der Lage sind, ihr Verhalten daran auszurichten. Es genÃ 1 4gt zwar, wenn der eindeutige Regelungsgehalt ggf erst durch Auslegung â 1 0Â etwa unter Zuhilfenahme der BegrÃ 1 4ndung oder anderer auf der Hand liegender UmstÃ 2 2nde des Einzelfalls â 1 21 zu ermitteln ist (stRspr; vgl nur BSG aaO). Hingegen ist es nicht ausreichend, wenn die Beteiligten Verhandlungsergebnisse fÃ 1 4r sich selbst in ihren Unterlagen dokumentieren oder sich die Bestimmtheit der Regelung erst unter RÃ 1 4ckgriff der Akten herstellen lÃ 2 2st (vgl Engelmann in SchÃ 1 4tze, 9. Aufl 2020, SGB X, §Â 33 RdNr 18).

Â

32

Die Beteiligten berufen sich fýr den Inhalt der Anlagen 3, 3a und 3b auf bloà e synopsenartige Darstellungen und Zusammenfassungen ihrer Verhandlungsergebnisse im elektronischen Korrekturmodus. à berdies finden sich mehrere unterschiedliche Fassungen des Leistungskomplexkatalogs in den Akten. Die lediglich synopsenartige Darstellung des mehrfach geÃxnderten Vertragsentwurfs schlieà taber eine eindeutige Rekonstruktion des festgelegten Vertragsinhalts aus. Es ist auch nicht ausreichend, wenn die Beteiligten von einem konsentierten Ergebnis ausgehen, ohne dass sich dieses in nachvollziehbarer Weise den Akten entnehmen lÃxsst. Der Inhalt des RV muss eindeutig festgehalten sein. Das gilt nicht nur für die Verhandlungspartner, sondern für alle vom RV betroffenen Akteure und folgt auch aus §Â 75 Abs 1 Satz 4 SGB XI, der die unmittelbare Verbindlichkeit von RVen für die Pflegekassen und zugelassene Pflegeeinrichtungen im Inland bestimmt.

Â

33

3. Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§Â 197a Abs 1 Satz 1 SGG</u> iVm <u>§Â 154 Abs 2</u> und 3, <u>§Â 162 VwGO</u>.

Â

34

4. Die Streitwertfestsetzung beruht auf <u>§Â 197a Abs 1 Satz 1 SGG</u> iVm <u>§Â 63 Abs 2 Satz 1, <u>§Â§Â 47, 52 Abs 1 GKG</u>.</u>

Â

Erstellt am: 25.02.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024